

Der folgende Text wird über DuEPublico, den Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Diese auf DuEPublico veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

Roth, Karl Heinz:

Ioannis Zelepos, Kleine Geschichte Griechenlands. Von der Staatsgründung bis heute, C. H. Beck: München 2014. 240 Seiten, € 12,95; Adamantios Th. Skordos, Griechenland im Kontext des östlichen Europa. Geschichtsregionale, kulturelle und völkerrechtliche Dimensionen, Leipziger Universitäts-Verlag: Leipzig 2016. 346 Seiten, € 29,00

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 20 / 2017

Link:

<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=43562>

Ioannis Zelepos, Kleine Geschichte Griechenlands. Von der Staatsgründung bis heute, C. H. Beck: München 2014. 240 Seiten, € 12,95;
Adamantios Th. Skordos, Griechenland im Kontext des östlichen Europa. Geschichtsregionale, kulturelle und völkerrechtliche Dimensionen, Leipziger Universitäts-Verlag: Leipzig 2016. 346 Seiten, € 29,00

Seit der Großen Rezession von 2008/2009 befindet sich die griechische Nationalökonomie in einer Schiefelage, die einem faktischen Bankrott gleichkommt. Da Griechenland jedoch 1981 der Europäischen Gemeinschaft beitrug und zwanzig Jahre später auch in die Euro-Zone kooptiert wurde, hätte ein Zusammenbruch des hoch verschuldeten Landes dramatische Folgen für das gesamte europäische Finanzsystem. Griechenland hängt deshalb seit 2010 am Tropf einer aus der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds bestehenden öffentlichen Gläubigergruppe und muss als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes ein rabiaten binnenwirtschaftliches Sanierungs- und Privatisierungsprogramm durchführen. Auf diese Weise ist Griechenland zum paradigmatischen Problemfeld des europäischen Integrationsprozesses geworden, wobei die sozialen, wirtschaftspolitischen, mental-kulturellen und geostrategischen Aspekte ein scheinbar unentwirrbares Knäuel bilden. Eine Lösung scheint auf absehbare Zeit nicht in Sicht, seitdem sich im Juli 2015 auch eine in die Athener Regierung gewählte politische Alternative dem Austeritätsdiktat der internationalen Gläubiger gebeugt hat. Dies ist für jegliche handlungsorientierte Perspektive ein verheerender Zustand – glücklicherweise jedoch nicht für eine kritisch-historisch ausgewiesene Sichtweise: Für sie öffnet sich vielmehr ein Zeitfenster, das

es gestattet, sich dem Problemfeld aus einer erweiterten Perspektive zu nähern, um Vorurteile zu überwinden und die Hintergründe zu verstehen. Im Folgenden sollen deshalb zwei kürzlich erschienene Publikationen vorgestellt und diskutiert werden, die sich mit der Geschichte des modernen Griechenlands in teilweise kontroversen, sich teilweise aber auch ergänzenden konzeptionellen Ansätzen auseinandersetzen. Sie reflektieren beide den vor allem von der griechischen Historiographie seit den 1990er Jahren erarbeiteten Forschungsstand.

Die von Ioannis Zelepos verfasste „Kleine Geschichte Griechenlands“ wendet sich an ein breites, allgemein interessiertes Publikum. Dabei gibt der Untertitel den gewählten methodischen Rahmen nur unvollständig wider: Zelepos präsentiert keine konventionelle, mit dem Gründungsmythos beginnende Geschichte des griechischen Nationalstaats, sondern greift auf die davor liegenden Jahrhunderte zurück, in dem die Siedlungsgebiete der orthodoxen Griechen als *millet-i Rûm* in das Osmanische Reich integriert waren (S. 13 ff.). Sie waren über den südlichen Balkan, die Ionischen Inseln und die Inselgruppen des östlichen Mittelmeers verstreut und erstreckten sich bis zu den Küstenregionen Kleinasiens und des Schwarzen Meers. Mit ihren kulturellen Zentren Konstantinopel und Smyrna waren sie fest in das multiethnische und multireligiöse Osmanische Reich eingebunden. Obwohl sie dabei nur Bürger zweiter Klasse waren, übernahmen die griechischen Kaufmannsschichten – die Fanarioten – und der orthodoxe Klerus wichtige Herrschaftsfunktionen. Erst als das Osmanische Reich in eine schwere Strukturkrise geriet und den nachwachsenden Funktionseleiten der griechischen Communities keine Aufstiegschancen mehr zu bieten hatte, setzte sich im Übergang zum 19. Jahrhundert eine Hinwendung zum europäischen Westen durch. Unter dem Banner der Aufklärung hielt ein radikalrepublikanischer Nationalismus Einzug, der vor allem von den Protagonisten Rigas Fereos und Adamanatios Korais sowie einer in Odessa gegründeten Geheimgesellschaft propagiert wurde (S. 24 ff., 29 ff.). Durch diese in die Osmanische Ära zurückreichen-

de historische Positionierung sichert sich der Verfasser einen paradigmatischen vor-nationalen und transnationalen Zugang, der es ihm ermöglicht, die nun folgenden Wirren des griechischen Nation Building in ihren regionalen Kontexten zu verorten und mit dem Begleitkonzert der drei großen Schutzmächte – Großbritannien, Frankreich und Russland – zu verzahnen. Ohne ihre Intervention hätte sich der von 1821 bis 1832 anhaltende und durch zahlreiche Binnenkonflikte charakterisierte Befreiungskrieg niemals gegen den osmanischen Widerstand zu behaupten vermocht und wäre im Chaos versunken (S. 37 ff.). Die im Jahr 1832 erfolgte Gründung des ersten Nationalstaats auf dem europäischen Territorium des Osmanischen Reichs war somit das Produkt einer radikal-hellenischen Identitätsfindung, blieb jedoch gleichzeitig immer im Kreuzschatten rivalisierender imperialistischer Großmächte, denen sich die griechischen Eliten mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen zuordnen, sich gleichzeitig aber auch immer wieder zu entziehen suchten.

Das sich daraus ergebende Wechselspiel von innenpolitischer Dynamik, nachholender kapitalistischer Entwicklung und außenpolitischen Konstellationswechseln zeichnet Zelepos in den folgenden Kapiteln überzeugend nach. In der Zeit der „Bayernherrschaft“ (1832–1862) rang sich der junge Nationalstaat 1843 im Ergebnis eines Verfassungskonflikts und ersten Staatsbankrotts zum Missfallen seiner Garantiemächte zu einer konstitutionellen Monarchie durch und versuchte zugleich, diese in Gestalt der *megali idea*, eines Konzepts der territorialen Einbeziehung der Diasporagebiete, auszudehnen (S. 56 ff., S. 61 ff.). Dies gelang der politischen Elite in mehreren Etappen, indem sie die im Krimkrieg (1853–1856) eskalierenden und im Berliner Kongress (1878) geschlichteten imperialistischen Rivalitäten um die Ausdehnung ihrer Einflussphären auf das zerfallende Osmanische Reich für sich ausnutzten und mit dem massiven Ausbau der Infrastruktur kombinierten. Die erste markante Gebietserweiterung erfolgte 1881 mit der Einverleibung Thessaliens und des Süd-Epirus, eineinhalb Jahrzehnte danach folgte die Autonomie Kretas, die jedoch durch das Debakel eines zwei-

ten Staatsbankrotts (1893) und einer sich daran anschließenden ausländischen Schuldenverwaltung überschattet wurde. Die größte territoriale Expansion war hingegen das Ergebnis der beiden Balkankriege von 1912/13, die Griechenland massive Gebietszuwächse in Ostmakedonien (mit Thessaloniki) und Westthrakien einbrachten. Die Früchte dieser aggressiven und die gesamte Balkanregion destabilisierenden Expansionspolitik waren jedoch mit den bitteren Hypotheken einer vor allem in Makedonien praktizierten Politik der „ethnischen Säuberungen“ und mit einer verheerenden Rivalität mit den übrigen jungen Nationalstaaten des Balkans, insbesondere Bulgariens, belastet.

Seit Beginn des Ersten Weltkriegs mischte sich eine weitere Großmacht in die griechische Innenpolitik ein, die bislang nur eine Statistenrolle gespielt hatte – das Deutsche Reich als maßgeblicher Faktor der Mittelmächte. Zu seinen entschiedenen Anhängern gehörten das Königshaus – Konstantin I. war ein Schwager Wilhelms II. –, der höhere Klerus und das konservativ-kleinbürgerliche Lager. Dieser royalistisch-konservative Block hatte sich im Verlauf der Konfrontation mit den aufstrebenden südslawischen Nationalstaaten von dem dahinter stehenden zaristischen Russland abgewandt und stand nun dem großbürgerlich-liberalen Lager gegenüber, das unter dem seit 1909 amtierenden Premier Eleftherios Venizelos für die Entente optierte. Das sich daraufhin entwickelnde nationale Schisma hat Zelepos ausführlich dargestellt (S. 105 ff.), ohne jedoch die damit verbundene epochale Zäsur herauszuarbeiten: Das royalistische Lager hielt Griechenland zunächst aus dem Krieg heraus, weil eine Parteinahme zugunsten der Mittelmächte zu einer Lebensmittelblockade durch die Entente geführt hätte. Trotzdem bezogen die Franzosen und Briten seit 1915 Teile Nordgriechenlands in den Aufbau ihrer Balkanfront ein, begünstigten die Ausrufung einer Gegenregierung durch Venizelos in Thessaloniki und bewirkten schließlich 1917 den griechischen Kriegseintritt auf ihrer Seite. Es folgte der griechische Feldzug in Kleinasien, und Griechenland erhielt 1919 die Kontrolle über Smyrna zugesprochen. Von dort aus

folgten weitere militärische Vorstöße ins anatolische Binnenland, die 1922 in einem Fiasko endeten. Die multiethnische Metropole Smyrna wurde niedergebrannt, es kam zu Massenfluchten über die ägäischen Inseln, und 1923 wurde im Kontext des Friedensvertrags von Lausanne eine wechselseitige Zwangsumsiedlung aller Griechen und Türken aus den Territorien der beiden Nationalstaaten vereinbart, die mit ihren etwa 1,3 Millionen Vertriebenen auf griechischer Seite als „Kleinasiatische Katastrophe“ in die Geschichte einging. Diese traumatische Episode wird vom Verfasser bemerkenswert nüchtern und unparteiisch dargestellt – ein weiteres Zeichen dafür, dass sich die griechische Historiographie in der jüngsten Zeit auf erfreuliche Weise von den politischen Meinungskämpfen der Venizelisten und Royalisten gelöst hat.

Auch die folgenden Jahre der politischen Instabilität, der zeitweiligen Abschaffung der Monarchie (1924–1925) und des kurzen Wiederaufschwungs unter der Regie des aus dem Exil zurückgekehrten Venizelos (1928–1932) skizziert Zelepos in angemessenen Proportionen (S. 124 ff.). Dagegen gerät die Rekonstruktion der durch die Weltwirtschaftskrise erneut ausgelösten Destabilisierung und des neuerlichen Staatsbankrotts zu kurz (S. 144 ff.). Auch die Wiedereinführung der Monarchie 1935 und die Jahre der Metaxas-Diktatur (1936–1940) werden nur kurz gestreift, aber zutreffend auf den Punkt gebracht: Die durch Georg I. gedeckte Diktatur entsprach im Kern den autoritären Regimes dieser Jahre in Ostmitteleuropa und hatte wegen ihrer fehlenden Massenbasis und ihrer ausgesprochen defensiven Außenpolitik nichts mit den großen faschistischen Regimes gemeinsam. Bemerkenswert ist darüber hinaus die – von Zelepos nicht erörterte – Tendenz des Regimes, den immer aggressiver auftrumpfenden italienischen Faschismus durch ein Doppelspiel von machtpolitischer Annäherung an Großbritannien und außenwirtschaftlichem Arrangement mit NS-Deutschland – Tabakexporte gegen Waffeneinfuhren – auf Distanz zu halten. Mithilfe seines devisenfreien bilateralen Clearingsystems bot Deutschland dem seit dem Staatsbankrott von den internationalen Finanzmärkten abge-

trennten Griechenland eine fast alternativlose Option, die den „deutschen Faktor“ erneut in der griechischen Innen- und Wirtschaftspolitik verankerte und Griechenland zum Einfallstor für den – ab 1938 von der Bastion Wien aus operierenden – Vorstoß in Richtung Südosteuropa machte.

Auf dieses Szenario der *pénétration pacifique* folgte nach dem Fiasco des italienischen Angriffskriegs im Herbst-Winter 1940/41 der deutsche Überfall auf Griechenland (und Jugoslawien) vom April 1941. Hier gerät die Darstellung Zelepos' – auch im Vergleich mit den übrigen Abschnitten seines Überblicks – entschieden zu knapp (S. 153 ff.), zumal er auch die Bürgerkriegsjahre 1946–1949 in diese Periode einbezieht (S. 167 ff.). Gerade hier mangelt es an einer adäquaten Rezeption des inzwischen erreichten Forschungsstands, sodass die katastrophalen und durchaus auch langfristig wirksam gebliebenen Folgen der deutschen Raub- und Vernichtungspolitik unerörtert bleiben. Zu diesen Defiziten gesellt sich die weitgehende Ausblendung des „deutschen Faktors“ bei der Mobilisierung der Kollaboration und der Auslösung des Bürgerkriegs, der ansonsten jedoch bemerkenswert ausgewogen rekonstruiert wird.

Mit der gleichen Ausgewogenheit lässt Zelepos auch die Nachkriegsjahrzehnte Revue passieren: Die auf ein kurzes offenes Intermezzo gefolgten Jahrzehnte des militant-repressiven Antikommunismus unter Papagos und Karamanlis, der Zypernkonflikt, die Blockade des sich unter der Regie der Zentrumsunion und ihrer linken Bündnispartner anbahnenden Kurswechsels von 1963–1965 durch das royalistisch-konservative Lager, die Diktatur der Obristen 1967–1974 und ihr Scheitern nach dem Aufstand des Athener Polytechnion und dem Putsch in Zypern, der die türkische Besetzung des Nordteils der Insel provozierte. Dagegen vermag das Urteil des Verfassers über die anschließenden Jahrzehnte der Demokratisierung, der wirtschaftspolitischen Konsolidierung und der EG- beziehungsweise EU-Integration nur bedingt zu überzeugen. Es erscheint fraglich, ob die besonders positive Bewertung der zweiten Ära Karamanlis (1974–1980) und der zweiten Regierung

der *Panellinio Sosialistiko Kinima* (PASOK) unter Kostas Simitis (1996–2004) im Vergleich mit den von Zelepos kaum wahrgenommenen Jahren des Aufbruchs unter Andreas Papandreou (1981–1989) tragfähig bleiben wird. Dagegen ist dem Verfasser nur beizupflichten, wenn er für die Zeit nach der osteuropäischen Wende und der Selbstzerstörung Jugoslawiens den makedonischen Namensstreit (S. 221 ff.) und die Zuwanderung als eine schockierende neue Erfahrung des klassischen Emigrationslands Griechenland herausarbeitet (S. 225 ff.). Erstaunlicherweise fehlt jedoch jeglicher Hinweis auf die Krisenjahre seit 2009, die der griechischen Gesellschaft und Wirtschaft im Zeichen des europäisch-deutschen Austeritätsdiktats einen beispiellosen Niedergang aufgebürdet haben. Das ist verwunderlich, denn der an der Universität München lehrende Verfasser schloss sein Manuskript erst im Frühjahr 2013 ab.

Um zu einem Standardwerk zu avancieren, bräuchte die von Zelepos vorgelegte „Kleine Geschichte Griechenlands“ einige Korrekturen, Überarbeitungen und Erweiterungen. Trotz ihrer Schwächen bietet sie jedoch den derzeit besten deutschsprachigen Überblick zur Erstorientierung über einen transnational gefassten Kontext, über den seit der Krise von 2008/2009 außerordentlich umfangreich publiziert und heftig diskutiert wird – zumeist jedoch in einer vorurteilsbesetzten methodischen Schiefelage, die zudem in der Regel mit einer bemerkenswerten Unkenntnis der grundlegenden historischen Zusammenhänge und Tatbestände gepaart ist.

Auch die von Adamantios Th. Skordos kürzlich vorgelegte Studie widmet sich dem Thema Griechenland aus einer jenseits der traditionellen Nationalgeschichte angesiedelten Perspektive: Für ihn ist der südliche Balkanstaat in einen kulturgeographischen Kontext eingebettet, der im weiteren Sinn zu Osteuropa gehört und sich der spezifischen Geschichtsregion Südosteuropa zuordnet (S. 215 ff.). In diesem Sinn repräsentiert der Autor die Traditionen der byzantinisch-südosteuropäischen Kulturhistoriographie, die er zugleich als Mitarbeiter des Leipziger Global and European Studies Institute aktualisiert hat. Dabei interessieren ihn vor allem mentalitätsgeschicht-

liche, kulturhistorische und völkerrechtsgeschichtliche Fragen – er setzt also die Kenntnis der sozial-, politik- und wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte einer kontextuellen Einordnung Griechenlands in die südost- und osteuropäischen Geschichtsregionen als gegeben voraus. Diesen drei Fragestellungen ist die im vorliegenden Buch zusammengestellte Aufsatzsammlung zugeordnet, und wer es zur Hand nimmt, wird es nur dann mit Erkenntnisgewinn durcharbeiten können, wenn er / sie diese Vorkenntnisse besitzt oder sich angeeignet hat. Gleichwohl sollte diese epistemologische Hürde nicht missverstanden werden. Skordos sitzt keineswegs im Elfenbeinturm der byzantinistisch-gräzistischen Kulturgeschichtsschreibung. Gerade er – und nicht Zelepos – will explizit einen Beitrag zum Verstehen jener rätselhaften Phänomene leisten, die die breite Öffentlichkeit seit der Krise von 2008/2009 verunsichern (S. 7).

Den ersten Schwerpunkt seiner Studie hat Skordos den Aspekten der griechischen Identitätsfindung innerhalb des europäischen Teils des Osmanischen Reichs gewidmet, denn sie bildeten die mentalen Voraussetzungen, aus denen seit dem Befreiungskrieg neu-alte Feindbilder und blutige ethno-nationale Konflikte generiert wurden. Zu diesem Zweck präsentiert er drei Fallstudien. Der erste Beitrag setzt sich mit der architektonisch-städtebaulichen Seite des griechischen Nation Building auseinander, nämlich der klassizistischen „Ernennung“ der Provinzhauptstadt Athen zur Metropole des modernen Griechenland (S. 26 ff.). Im zweiten Beitrag folgt eine vergleichende Studie über den Wandel des „großrussisch-panslawischen“ zum „sowjetisch-slawokommunistischen“ Feindbild, das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts neben den deutschen, habsburgischen und italienischen Herrschaftsdiskursen auch den Kern der griechischen Machtelite geprägt hat (S. 59 ff.). In einem dritten Aufsatz nimmt der Verfasser dann das panslawische Feindbild in Griechenland genauer unter die Lupe (S. 92 ff.): Er weist eindrucksvoll nach, wie sich die Südslawen – als ursprüngliche Verbündete im anti-osmanischen Befreiungskampf – mit dem sich ebenfalls im Prozess der nationalen Identitätsbildung befindlichen Bulgarien an der Spitze zum

„Erbfeind“ wandelten, nachdem sich das zaristische Russland seit dem Krimkrieg zur Arrondierung seiner machtpolitischen Interessen als „Schutzmacht der Südslawen“ positioniert hatte. Aus dieser Frontstellung gegen die „bulgarische Wiedergeburt“ resultierte ein erbitterter Territorialkonflikt um die zentralbalkanische Region Makedonien, der im Verlauf der 1890er Jahre in einen grausamen Untergrundkrieg umschlug und schließlich in eine wechselseitig betriebene Vertreibungspolitik („ethnische Säuberungen“) einmündete. Auch im Ergebnis der beiden Balkankriege blieb die Makedonienfrage ungelöst. Sie wurde dann durch den Antikommunismus des Metaxas-Regimes überlagert und avancierte schließlich während der deutschen Okkupation 1941–1944 zu einem alles überragenden Feindbild, das es ermöglichte, die Aktivistinnen und Aktivisten des „Freien Griechenland“ zu blindwütigen Agenten des „Slawokommunismus“ zu stilisieren, zu deren Bekämpfung jedes Gewaltmittel recht war. Aus dieser Grundhaltung ist letztlich auch die Brutalität des „weißen Terrors“ zu erklären, der dem Bürgerkrieg vorausging, ihn bis zum Sieg des royalistisch-bürgerlichen Lagers begleitete und von den Nachkriegsregimen der 1950er Jahre mit harten Repressalien, Internierungen und Deportationen auf die KZ-Inseln fortgesetzt wurde. In seinem vierten Beitrag demonstriert Skordos abschließend die affektive Beharrungskraft der ethnopolitischen Kriegsverbrechen gegenüber allen internationalen Begrenzungsversuchen am Beispiel der Carnegie-Kommission. Die von der US-amerikanischen Carnegie-Stiftung finanzierte Untersuchungskommission war 1913 eingesetzt worden, um die Ursachen der während der Balkankriege verübten Massaker zu untersuchen (S. 120 ff.). Mit ihrem Ergebnis – alle Konfliktparteien hatten die Terrorpraktiken der „ethnischen Säuberungen“ angewandt – stieß die Kommission in allen involvierten Hauptstädten auf Granit. So auch in Athen, wo sie zunächst totgeschwiegen und dann mit Spott und Hohn kommentiert wurde. Im zweiten Schwerpunkt seiner Aufsatzsammlung setzt sich Skordos mit den kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Aspekten des Bürgerkriegs, der Militärdiktatur und der darauf folgenden De-

mokratisierungsprozesse auseinander (S. 149 ff.). Im ersten Beitrag rekonstruiert er die Vorgeschichte der vehementen Auseinandersetzung der griechischen Politik und Öffentlichkeit mit der Makedonienfrage, die 1991 nach der die Sezession Slawisch-Makedoniens aus der Jugoslawischen Föderation wieder akut geworden war. Er arbeitet heraus, wie stark die im Jahr 1944 erfolgte Einbeziehung dieses Territoriums in den Aufbau des föderativ-sozialistischen Jugoslawiens die Erfolgchancen der linksrepublikanisch-kommunistischen Bürgerkriegspartei beeinträchtigt hatte (S. 149 ff.). Handelt es sich dabei um ein – wenn auch als Schlüsselproblem zu beurteilendes – Spezifikum der Geschichte Südosteuropas, so präsentiert der zweite Beitrag über den seit den 1990er Jahren ausgefochtenen griechischen Historikerstreit um die Neubewertung des Widerstands- und Bürgerkriegsjahrzehnts die Frontstellungen und Ergebnisse eines Diskurses, der trotz seiner Parallelen zu analogen Entwicklungen beispielsweise in Italien, außerhalb Griechenlands kaum zur Kenntnis genommen wurde (S. 169 ff.). Bis zum Beginn der 1980er Jahre waren die linksrepublikanisch-kommunistischen Akteure mithilfe der im ersten Schwerpunkt untersuchten Stereotypen pauschal diffamiert und diskreditiert worden. Erst mit der Etablierung der ersten PASOK-Regierung 1981 hatte ihre Rehabilitation eingesetzt; obwohl sie unter dem Axiom einer umfassenden „nationalen Versöhnung“ stand, sei dabei nach Auffassung des Verfassers das Pendel im Gefolge einer ausufernden und der historisch-wissenschaftlichen Kritik entzogenen Memoirenliteratur zu weit nach links ausgeschlagen. Infolgedessen ließ eine neuerliche Gegenbewegung nicht auf sich warten. Sie wurde von einer Gruppe von Politikwissenschaftlern initiiert, die nicht mehr die deutsche Okkupationsherrschaft als Hauptursachen der gesellschaftlichen Polarisierung in Widerstand und Kollaboration ansah, sondern sich an einem genuinen Primat der Bürgerkriegskonstellation orientierte. Davon ausgehend wurden in einem zweiten Schritt die exzessiven Gewalt- und Zwangsmaßnahmen des EAM-ELAS-Komplexes, der Griechischen Volksbefreiungsarmee, ELAS (*Ellinikós* oder *Ethni-*

kós Laikós Apelevtherotikós Stratós) als militärischer Arm der Nationalen Befreiungsfront (*Ethnikó Apelevtherotikó Métopo*, kurz: EAM), herausgearbeitet: Erst sie hätten erhebliche Teile der Gesellschaft zur militärischen Kollaboration motiviert. Diese provokative Kehrtwende blieb verständlicherweise nicht unwidersprochen. Anhand neuer Quellenrecherchen konnte nachgewiesen werden, mit welchen Methoden die Deutschen seit dem Herbst 1943 auf die Initiierung eines Bürgerkriegs gesetzt hatten, und wie ihnen dabei die dritte Kollaborationsregierung unter Ioannis Rallis zur Hand gegangen war. Darüber hinaus eröffneten die neu zugänglich gewordenen Überlieferungen der ost- und südosteuropäischen Archive neue Erkenntnishorizonte, die die bisherigen Einschätzungen über die Rolle der ausländischen Partner des linksrepublikanisch-kommunistischen Lagers bei dessen strategischen (Fehl-)Entscheidungen deutlich relativierten. Alles in allem transportierten die Narrative der Revisio-nisten trotz ihrer unzutreffenden Pauschalisierungen ein nicht zu unterschätzendes Quäntchen Wahrheit: Es hatte nicht nur den „Weißen Terror“ gegeben, sondern auch brutale Repressalien und Zwangsmaßnahmen auf der Seite des Widerstands und der kommunistischen Bürgerkriegsarmee, für die es in der Konfrontation mit dem durch sie repräsentierten Befreiungsanspruch keine Rechtfertigung geben konnte. Insofern ist auch auch im Fall Griechenland das bisherige Schwarz-Weiß-Schema obsolet. Allerdings sollte bei aller Relativierung nicht vergessen werden, dass es in erster Linie die deutschen Okkupanten waren, die mit ihrer gezielten „Spaltpolitik“ die blutige Polarisierung der griechischen Gesellschaft vorantrieben.

Im dritten Abschnitt seiner Studie wendet sich Skordos den völkerrechtsgeschichtlichen Aspekten der südosteuropäisch-griechischen Geschichtsregion zu. Nach der Vorstellung seines – einleitend schon kurz skizzierten – kulturgeschichtlichen Konzepts (S. 215 ff.) präsentiert er zwei Fallstudien. In der ersten setzt er sich mit den Langzeitfolgen des Lausanner Abkommens auseinander, das 1923 unter der Moderation des Völkerbunds zwischen Griechenland und der Türkei abgeschlossen wurde (S. 252 ff.). Durch dieses Abkommen

war die im Kontext der „Kleinasiatischen Katastrophe“ durchgeführte wechselseitige Vertreibung der griechischen und türkischen Minoritäten sanktioniert worden – eine fatale Festschreibung der „ethnischen Säuberungen“, die die Deportationen zudem als administrative Zwangsmaßnahme festschrieb und für die Betroffenen jegliche Rückkehrperspektive ausschloss. Diese aberwitzige völkerrechtliche Weichenstellung machte dann weltweit Schule und wurde erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch neue Grundsatzentscheidungen abgelöst, die die Minderheitenrechte stärkten und die „ethnischen Säuberungen“ unter Strafandrohung stellten. Der Kurswechsel des humanitären Völkerrechts bewirkte jedoch letztlich nicht viel, und es kam immer wieder zu Rückschlägen. Mit einer besonders dramatischen Regression setzt sich Skordos in seinem letzten Beitrag auseinander – mit den Massakern und Massenvertreibungen während der Auflösung der Jugoslawischen Föderation (S. 323 ff.). Dabei hat er vor allem die Bemühungen des Internationalen Gerichtshofs um die Ahndung der sexualisierten Gewaltverbrechen herausgearbeitet.

Für alle, die über die erforderlichen sozial-, politik- und wirtschaftshistorischen Grundkenntnisse verfügen, ist die – auf ihre Art ebenfalls transnational orientierte – Aufsatzsammlung Skordos' ein großer Gewinn. Wie bei Zelepos dominiert die nüchtern abwägende Analyse, und es gelingt dem Verfasser, zusätzliche mentalitäts- und kulturhistorische Kontinuitätslinien aufzuzeigen, die auch gegenwärtig – man denke nur an das Makedonienproblem – fortwirken. Allerdings wäre ein Lektorat sinnvoll gewesen: Wer die Aufsätze unmittelbar hintereinander liest, entdeckt bald manche Textbausteine, die sich allzu oft wiederholen. Eine etwas schlankere Darstellungsweise hätte dem Autor und seinen Lesern gut getan.

Zuletzt versuche ich, aus der Synopse der beiden sich ergänzenden Publikationen einige weiterführende Schlussfolgerungen zu ziehen. Dabei kommt es zupass, dass beide Autoren einen transnationalen Zugang gewählt haben, der die griechische Geschichte als politische Sozialgeschichte in die Kontexte der europäischen Ge-

schichte einordnet oder aber als mentalitäts- und kulturhistorischen Standort innerhalb ihres ost- und südosteuropäischen Rahmens begreift. Darüber hinaus vermeiden beide Autoren eine teleologische Sichtweise. Obwohl sie sich selbst sehr unterschiedlich verorten – Zelepos ist ein erklärter Anhänger des westeuropäisch dominierten Integrationsprozesses, während Skordos die ost- und südosteuropäisch geprägten Kontinuitätsstränge betont –, bleibt ihre Perspektive offen und von den Optionen der kollektiven historischen Akteure abhängig. Diese werden letztlich immer selbst zu entscheiden haben, an welchen trans- oder supranationalen Rahmenbedingungen sich Griechenland orientieren wird.

Gleichwohl scheint es diese Offenheit der Orientierung im Kreuzschatten der Machtböcke aktuell nicht mehr zu geben: Die überwiegende Mehrheit der griechischen Bevölkerung hat sich seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 für den europäischen Integrationsprozess entschieden, und sie scheint daran auch heute unbeirrt festzuhalten. Das ist überraschend, denn die anfänglichen wirtschaftspolitischen Gewinne stehen seit dem faktischen Kollaps der griechischen Nationalökonomie und der seit 2010 über sie verhängten Austeritätspolitik ernsthaft in Frage. Dieser Sachverhalt verdankt sich sicher nicht einem kollektiven Masochismus oder einer überproportional hohen Leidensbereitschaft der griechischen Gesellschaft. Hier kommen zweifellos tiefer liegende kollektive Erfahrungen ins Spiel: außenpolitisch die nachhaltige Desillusionierung durch die seit 1947 dominierende und als unberechenbar eingestufte neue Schutzmacht USA, und innenpolitisch ein tiefes Misstrauen gegenüber der eigenen Herrschaftselite, die offensichtlich nie so etwas wie eine „nationale Verantwortung“ im Sinn des sozialen Ausgleichs und einer der gesamten Gesellschaft gegenüber verantwortlichen Administration zu tragen bereit war.

Gleichwohl war und ist Griechenland alles andere als ein historischer „Sonderfall“, dem immer wieder die Stereotypen eines unvollständigen Nation Building zugeschrieben werden, und zwar insbesondere am Beispiel eines durchgängig dominierenden vor-

modernen Klientelismus und einer notorischen Tendenz zum Staatsbankrott. Griechenland war der erste Nationalstaat auf dem europäischen Territorium des Osmanischen Reichs, und es hat immer wieder Perioden der inneren Reform und der administrativen Effizienzsteigerungen durchgemacht, die dann wie andernorts auch durch Perioden der parteipolitischen Vetternwirtschaft und der Korruption abgelöst wurden. Korruption und Klientelismus sind keineswegs kulturanthropologische Konstanten, sondern strukturelle Merkmale nationalstaatlich verfasster Regulationssysteme, die in allen Etappen der kapitalistischen Entwicklung vorkommen und heute in unterschiedlicher Gewichtung weltweit existieren. Ähnlich verhält es sich mit der angeblich endemischen Neigung der griechischen Nationalökonomie zum Staatsbankrott. In Griechenland ist er bislang dreimal erklärt worden: 1843, 1893 und 1932. Dabei trafen immer gravierende regional- beziehungsweise weltwirtschaftliche Schief lagen auf den binnenwirtschaftlich bedingten Umschlag einer Expansionsphase, die den Zyklus der vergleichsweise kleinen Nationalökonomie in die Überschuldung trieb. In allen Fällen waren die konkreten Umstände außerordentlich komplex und aus spezifischen sozioökonomischen Bedingungen und machtpolitischen Kontexten erklärbar – genauso wie die Staatsbankrotte der – im Übrigen vierzig Jahre jüngeren – deutschen Nationalökonomie in den Jahren 1923, 1931/1932 und 1948, die allerdings weitaus gravierendere Folgen hatten.

Zu guter Letzt möchte ich auf ein weiteres Phänomen hinweisen, das in den Publikationen der beiden Autoren entschieden zu kurz kommt: den fatalen „deutschen Faktor“ in den transnationalen Verflechtungen der griechischen Geschichte. In den Anfangsstadien des griechischen Nationalstaats hatte Deutschland zunächst nur eine Statistenrolle gespielt: Der 1832 eingesetzte bayerische König Otto I. war der typische Kompromisskandidat der drei großen Schutzmächte, und auch auf dem Berliner Kongress von 1878, der den Balkan mit seinen nationalstaatlichen Optionen zum Pulverfass der Weltpolitik verwandelte, spielte die deutsche Diplomatie nur eine Vermittlerrolle. Dies änderte sich auf dramatische Weise

im Ersten Weltkrieg, als das Deutsche Reich zeitweilig die Kontrolle über den royalistisch-konservativen Flügel der griechischen Machteleite gewann und für die operativen Planungen der Mittelmächte – insbesondere für den U-Bootkrieg im östlichen Mittelmeer – ausnutzte. Während der Großen Depression folgte dann ein gezielter außenwirtschaftlicher Zugriff, der der deutschen Besatzungsmacht knapp zehn Jahre später eine kollaborationsbereite Spekulantenschicht verschaffte, zu der sich später die Sicherheitsbataillone im Zeichen eines gemeinsamen Kampfs gegen den „Bolschewismus“ hinzugesellten. Über alle diese Aspekte wird inzwischen intensiv geforscht. Der „deutsche Faktor“ sollte deshalb nicht länger aus den Überblicksdarstellungen einer transnational verstandenen griechischen Geschichte ausgeblendet werden.

Karl Heinz Roth

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online** lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen vierstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 Euro und für GeringverdienerInnen 10 Euro jährlich; Fördermitglieder dürfen ihren Beitrag selbst festlegen.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft